

Innern des Landes möglichst zu mildern, und die Ausübung der Aufsicht selbst auf einen edlern Standpunkt zu stellen. Diese sittliche Aufgabe der Steuerverwaltung wird sich nun wohl endlich auch die Postverwaltung in Deutschland zu stellen, und zu diesem hochwichtigen Zwecke die Mittel und Wege zu berathen haben, um die bisherigen Ueberschüsse für den Staatshaushalt zu sichern, und doch die steuerpflichtigen Staatsbürger so viel als möglich von den bisherigen Verationen bei Entrichtung der Postgefälle zu befreien, aber nicht die alten Verationsmittel immer noch festhalten, oder wohl gar vermehren zu wollen.

Sobald die hohen Regierungen der Deutschen Bundesstaaten das Fahrpostwesen der Privatindustrie überwiesen, und dadurch den Unterthanen einen freien Verkehr gestattet haben, und der Postfiscus sich nur das Regal der Briefbeförderung vorbehält, so werden die Staatsregierungen weit glänzendere finanzielle Resultate aus dem Postregale und durch die Entfesselung des Postverkehrs auch von den innern Consumtions- und Handelsabgaben ein erhöhteres Einkommen als jetzt beziehen.

Der Einwand, daß die Staatsverwaltung für die Beförderung der Postgüter und für das Extrapostwesen mehr Sicherheit und Regelmäßigkeit darbiete, als Privatunternehmer, ist mit den Erfahrungen in den großen Handelsstaaten England, Frankreich, Holland und Belgien, ja selbst durch die fürstlich Thurn und Taxis'sche Postverwaltung, als eines Postlehnsinstituts in Deutschland, siegreich zu widerlegen, wohl aber ist es gewiß, daß die Preuß. Postverwaltung aus den Einkünften von dem Briefverkehr allein jetzt mindestens 20 pSt. zu der Unterhaltung des so höchst kostspieligen Postfuhrwesens zusetzt.

Gewährt die Ausübung des Postregals für die Briefbeförderung aber bei einer einfach geordneten und richtigen staatswirthschaftlichen Verwaltungsweise den bisherigen Ueberschuß von 1,200,000 Thlr., so müssen dann auch alle die vorbehaltenen Entschädigungsansprüche an die, die Fahrposteinrichtungen vertretenden industriellen Privattransportanstalten, z. B. an die Eisenbahngesellschaften u. a. aufhören, und Alles sich hiernächst frei entwickeln können. Der Eindruck dieser Beschlüsse würde wahrhaft großartig sein und besonders durch das hergestellte Vertrauen zu der Eisenbahn und allen andern industriellen Privattransportunternehmungen hervortreten, sobald nur einmal der offene und geheime Druck des jezigen Postmonopols gesehlich aufgehoben sein wird.

Könnte durch die statistischen Verwaltungsübersichten von der Bruttoeinnahme aus der gesammten Postverwaltung nachgewiesen werden, wie viel bisher jährlich: a) an Briefporto, b) an Paketporto, c) an Geldporto aufgekomen ist, statt daß dasselbe unter den Rubriken a) von Reitposten, b) von Fahrposten, c) von Schnellposten, d) von Personenposten, e) von Carioleposten, f) von Botenposten zusammengezogen enthalten ist, so würden die hier ausgesprochenen Folgerungen sich gewiß als richtig bestätigt finden.

Jetzt kommen uns die praktischen Staats- und Finanzmänner in England und Frankreich durch die ausgesprochenen zeitgemäßen Briefpostreformen wieder vor, daher wir diese so wichtigen Reformen auch für Deutschland, und

besonders für Preußen, zum Segen des Landes ebenfalls näher erörtert und vorbereitet sehen möchten.

Wir bitten aber ausdrücklich, diese unsere vorstehenden Vorschläge nur als Andeutungen zu erkennen, und dieselben also durch gründliche, weitere Beleuchtungen der Wahrheit näher bringen zu wollen, damit die hohen Deutschen Staats- und Postbehörden solche wohlgemeinten, und nur im öffentlichen Interesse erwogenen Vorschläge nicht für illusorisch, oder wohl gar, ohne tiefer in den Gegenstand einzudringen, für lächerlich erklären; denn jedenfalls ist unsere Absicht hierbei nur eine reine und gute.

Es ist nun einmal die Zeit gekommen, wo die Landespostinstitute nur durch gerechte Abwägung der öffentlichen Interessen wirken, und ihr Finanzinteresse nicht mehr so ängstlich wie bisher im Auge behalten sollen. Die Macht der öffentlichen Meinung verlangt dringend gerechte Concessionen und die Aufgabe des bisherigen Postmonopols für Fahrpostgegenstände, also für Güter und Personen, und dazu können nur freimüthige öffentliche Erörterungen, wie die vorstehenden, führen.

Diejenigen hohen Staatsregierungen in den Deutschen Bundesstaaten, welche die Initiative zur Bildung eines Deutschen Postcongresses ergreifen, oder für das eigene Staatsgebiet die hier angedeuteten Briefpostreformen beschließen und das Postfuhrwesen als bisheriges Staatsmonopol aufgeben, werden sich in der Geschichte Deutschlands und in den Herzen aller Völker einen eben so hohen Ruhm sichern, als Preußen durch die Bildung des Deutschen Zollvereins und seine zeitgemäße Steuergesetzgebung so glänzend sich gesichert hat; denn dieser Deutsche Zollverein wird für alle Zeiten als die erste Stufe zur höhern nationalen Entwicklung des Gemeinwohls, wie der Einheit des Deutschen Volkes, seine segensvolle Wirksamkeit bewahren; denn auch die vorliegende, so wichtige Briefportoreform gehört ganz in den Kreis der Entwicklungsgeschichte des Deutschen freien Verkehrs, und darum wird auch diese Reform zum erfreulichen Ziele führen.

In England und Frankreich wird zwar die Einführung gestempelter Briefcouverte empfohlen, wogegen die Portozahlung dann für diese schon gestempelten Briefe wegfällt; allein diesen Vorschlag können wir für Deutschland nicht wohl für geeignet halten, da daraus neue Einrichtungen und Controlen nöthig werden würden. Wir halten die Feststellung und Berechnung eines einfachen und gleichmäßigen Portos von bis höchstens 3 Sgr. für jeden einfachen Brief von 1 Loth, und dann für jedes folgende Loth steigend, als Maximum innerhalb der Deutschen Bundesstaaten für das geeignetste Mittel zur Erfüllung aller Zwecke, nämlich: der Sicherung des Staatseinkommens und der Erleichterung des correspondirenden Publikums. Sollte sich jedoch die öffentliche Meinung und vorzüglich der Handelsstand für eine solche Stempelung als Hilfsmittel im eigenen Interesse aussprechen, so kann dasselbe zur freiwilligen Benützung auch angeboten, und der Verkauf solcher gestempelten Briefcouverte für die inländische Correspondenz angeordnet werden."

Verantwortlicher Redacteur: G. Buttig.